

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Pia-zolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Otto Bertermann, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joa-chim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Mar-kus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Netzneutralität sicherstellen – Bayerische Bürger und Wirtschaft vor Volumendrosselung schützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich im Bund dafür einzusetzen, dass der Bundesnetzagentur ausreichen-de Rechtsmittel an die Hand gegeben werden, um die Netzneutralität für Bürger und Wirtschaft in Bayern effektiv gewährleisten zu können;
2. sich auf allen politischen Ebenen für die Einhaltung des Fernmeldege-heimmnisses einzusetzen und eine Selektion der Datenflüsse zum Beispiel durch eine Deep Packet Inspection (DPI) zu verhindern;
3. auf allen politischen Ebenen dafür Sorge zu tragen, selektive Volumen-drosselungen durch Internet Service Provider (ISP) zu verhindern.

Begründung:

Die Selektion auf eigene bzw. fremde Angebote der ISP verletzt das bislang aner-kannte Prinzip der Netzneutralität, welches Erfolgsgarant des Internets ist. Sie bremst die Innovationskraft am Standort Bayern. Ferner droht der Internetmarkt sich mittel-fristig zu einem Oligopol-, wenn nicht sogar zu einem Monopolmarkt zurück zu ent-wickeln. Das will weder die Bevölkerung noch die Wirtschaft.

Das Wahrnehmen bandbreitenintensiver Internetnutzung, wie zum Beispiel im Fall von Arbeitsplätzen im Home-Office im ländlichen Raum, CAD-Anwendungen, Cloud-Diensten und öffentlich-rechtlichen Rundfunkangeboten, ist hierdurch gefähr-det. Gerade für ein Hightech-Bundesland wie Bayern hätten die in Rede stehenden Volumendrosselungen daher verheerende Folgen. Ein inhaltsunabhängiger, flächen-deckender Zugang mit garantierten technischen Mindeststandards für die Bürger und die Wirtschaft in Bayern muss daher staatlich garantiert, gewährleistet und explizit gefördert werden.